



**WAHLPRÜFSTEINE
DES
NIEDERSÄCHSISCHEN
HANDWERKS
ZUR
LANDTAGSWAHL 2003**

Zukunftssicherung durch ein starkes Handwerk

Vorwort:

Wenn am 02. Februar 2003 die fast 500.000 Beschäftigten und Inhaber der über 71.000 niedersächsischen Handwerksunternehmen aufgerufen sind, den neuen Landtag und damit die Landesregierung von Niedersachsen zu wählen, dann ist das einschließlich der Familienangehörigen ein Potential von etwa 2 Millionen Wählerinnen und Wählern. Das Handwerk ist eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Macht, ohne die nichts geht. Dennoch ist das Handwerk wie der gesamte Mittelstand in den vergangenen Jahren in eine schwierige Lage geraten, zu der insbesondere auch die Verschlechterung der Rahmenbedingungen auf Bundesebene beigetragen haben. Diese Politik ist dadurch gekennzeichnet, dass sie die Interessen der Großindustrie und der sog. Global-Player in den Vordergrund stellt und die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe, die auf den Standort Deutschland angewiesen sind, nachrangig beachtet. Der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung kann aber nur in der Stärkung des Handwerks und des Mittelstandes in Deutschland liegen. Diese Erkenntnis muss Herzstück der Wirtschaftspolitik in Niedersachsen und ganz besonders auf Bundesebene sein. Das Land muss im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten auch auf Bundesebene dafür Sorge tragen.

Zukunftssicherung durch Schaffung von Arbeitsplätzen

Seit der letzten Landtagswahl im März 1998 hat das niedersächsische Handwerk etwa 60.000 Beschäftigte verloren. Auch die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist seit 2 Jahren rückläufig. Wir wollen diesen Negativtrend umkehren. Dazu brauchen wir eine neue Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durch

- Rückführung der Sozialabgaben, damit legale Arbeit wieder bezahlbar wird
- Deregulierung des Arbeitsmarktes, damit unternehmerisches Engagement sich freier entfalten kann
- Keine Ausweitung privater Betätigung der öffentlichen Hand sowie Geltung der VOB für alle Unternehmen des Wirtschaftskonzerns ‚Staat‘, damit faire Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen herrschen
- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der Bezahlung von Handwerkerrechnungen, damit keine Liquiditätsgefährdung der Unternehmen durch den Staat entsteht
- Effektivere Bekämpfung der Schwarzarbeit auf der Grundlage des Braunschweiger Modells, damit die Sozialversicherungssysteme und die Steuergrundlage unserer Gesellschaft nicht weiter durch illegale Beschäftigung ausgehöhlt werden
- Überprüfung der Handwerksrolleneintragung durch öffentliche Auftraggeber vor der Vergabe von Aufträgen, damit Schwarzarbeit verhindert wird

- Auflage eines Klimaschutzaktionsprogramms zur energetischen Sanierung des Altbaubestandes, damit CO₂-Emissionen reduziert und Arbeitsplätze mit Nachhaltigkeit geschaffen werden
- Sicherstellung fairer Kreditkonditionen im Rahmen der Neuregelung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung (BASEL II), damit Unternehmen finanziell handlungsfähig bleiben
- Fortführung des Innovationsprogramms Handwerk über das Jahr 2003 hinaus, damit die technologische Weiterentwicklung und Förderung auch kleine und mittlere Handwerksunternehmen erreicht

Zukunftssicherung durch eine mittelstandsgerechte Steuerreform

Die bisherigen Schritte der Steuerreform haben den vor allem durch Personengesellschaften geprägten Handwerksbereich gegenüber den Kapitalgesellschaften benachteiligt. Wir brauchen eine Steuerreform mit echter Mittelstandsorientierung durch

- die schnellere Rückführung des gesamten Einkommensteuertarifs bereits ab 2003, damit die Binnenmarktnachfrage und der Mittelstand gestärkt werden
- den Verzicht auf die für den 01.01.2003 geplante Ökosteuerstufe und eine schrittweise Zurückführung der bis zu diesem Zeitpunkt erhobenen 4 Ökosteuerstufen, damit durch die falsche Ausgestaltung dieser Steuer Klein- und Kleinstbetriebe nicht weiter diskriminiert werden
- die Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf alle arbeitsintensiven und schwarzarbeitsgefährdeten Dienstleistungen, damit handwerkliche Arbeit billiger wird
- die deutliche Ausweitung der Istbesteuerung im Rahmen der Mehrwertsteuer, damit die Liquiditätslage der Unternehmen nicht unnötig belastet wird
- die Koppelung der Eigenheimzulage an die Vorlage von Handwerkerrechnungen, damit die Baukonjunktur stimuliert wird
- die steuerliche Absetzbarkeit von 20% bei Renovierungs- und Modernisierungsaufwendungen bis 25.000 € in einem Gesamtzeitraum von 5 Jahren, damit nur legale Handwerksleistungen gefördert werden
- die Umsetzung einer mittelstands- und handwerksgerechten Gemeindefinanzierungsreform, damit die Kommunen als wichtigste Partner des Handwerks zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen wieder vor Ort investieren können

Zukunftssicherung durch ein qualifizierteres Bildungssystem

Aktuelle Untersuchungen wie die PISA-Studie haben langjährige Feststellungen des Handwerks bestätigt, dass das Bildungssystem in Niedersachsen einer grundlegenden Reform bedarf. Nur so können Schülerinnen und Schüler mit einer besseren Ausbildungs- und Berufsreife auf das spätere Leben vorbereitet und das niedersächsische Bildungssystem in die Spitzengruppe der Bundesländer geführt werden.

Für das allgemeinbildende Schulwesen bedeutet dies

- die deutliche Verbesserung der Lehrer- und Unterrichtsversorgung, insbesondere an den Haupt- und Realschulen, damit Schülerinnen und Schüler im Bundesvergleich bessere Startchancen bekommen
- die stärkere Vermittlung von Grundkenntnissen in den Kernfächern Deutsch, Mathematik sowie ökonomischer und technischer Grundbildung, damit die Ausbildungsreife verbessert wird
- die frühere Förderung ab Klasse 5 in den einzelnen Schulformen, damit die unterschiedlichen Begabungen und Neigungen besser entwickelt werden können

Für die berufliche Bildung bedeutet dies eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems durch

- die Entwicklung eines abgestimmten Netzwerks von Kompetenzzentren, damit sich die berufsbildenden Schulen vorrangig auf ihre ureigenen Aufgaben als dualer Ausbildungspartner in der Teilzeit-Berufsschule konzentrieren können
- den Verzicht auf die weitere Einrichtung einjähriger Berufsfachschulen, sofern eine Ausbildung innerhalb des dualen Systems gewährleistet ist, damit das Ausbildungssystem gestärkt wird
- die Fortführung der Förderung der überbetrieblichen Unterweisung auf der Basis realistischer Kostenansätze über das Jahr 2006 hinaus, damit die Kostenbelastungen für die Betriebe gesenkt werden und die Ausbildungsbereitschaft erhalten bleibt

Zukunftssicherung durch konsequente Familienpolitik

Angesichts der demographischen Entwicklung ist es eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben des Staates, optimale Rahmenbedingungen für die Erziehung von Kindern zu schaffen. Wir fordern daher eine Neuorientierung der Familienpolitik durch

- die Schaffung von ausreichenden Betreuungsangeboten für Kinder im Vorkindergartenalter, damit Frauen sich frühzeitig für den Wiedereinstieg in den Beruf entscheiden können
- die Sicherstellung von Betreuungsangeboten für Schülerinnen und Schüler in der unterrichtsfreien Zeit, damit Familien und Alleinerziehende Beruf und Kinder vereinbaren können